

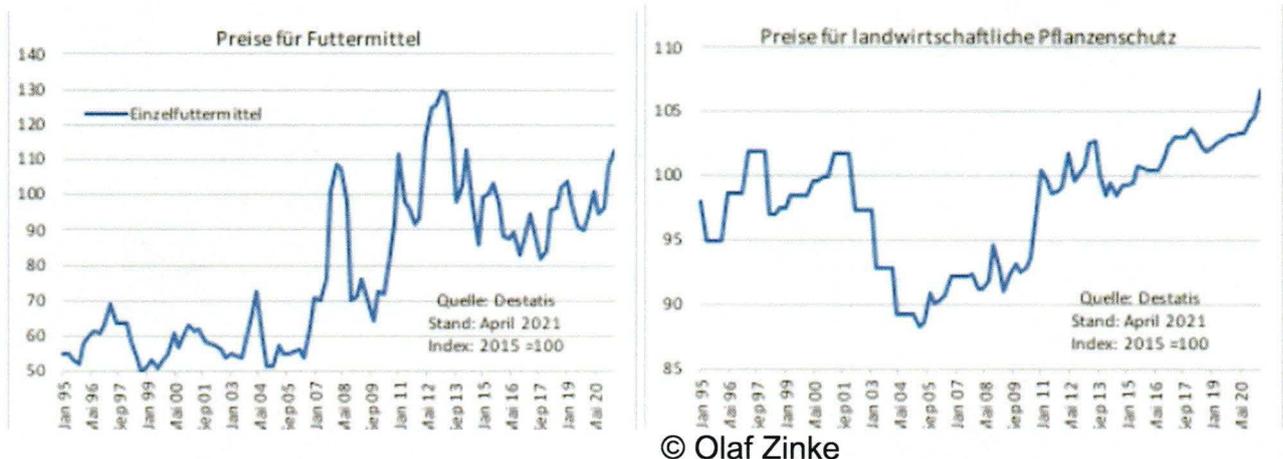
ANFRAGE

der Abgeordneten Peter Schmiedlechner
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und
Technologie

betreffend sinkende Nettoeinkommen in der Landwirtschaft

Laut der Bürgerinitiative „oekoreich“ bekommen Österreichs Bauern viel zu wenig für ihre Arbeit. Dies wird schon seit Langem von uns kritisiert. Immer wieder wenden wir uns an die Regierung mit dem Anliegen, etwas für unsere Bäuerinnen und Bauern zu tun. Aber entweder wurde nichts unternommen oder es war nicht erfolgreich. Auf jeden Fall darf diese Entwicklung nicht fortgesetzt werden. Um 20 Prozent ist das Einkommen der Landwirte in den vergangenen zehn Jahren gesunken. Lag das durchschnittliche Einkommen im Jahr 2011 noch bei rund 35.000 Euro pro Jahr und Betrieb, waren es 2020 nur noch rund 28.000 Euro. In den letzten drei Jahren gab es zudem ein Netto-Minus von rund 9 Prozent.¹

Auf der anderen Seite merken die Kunden, dass die Lebensmittelpreise steigen. Diese Erhöhung der Endverbraucherpreise bleibt aber bei den Handelskonzernen, die Bauern merken nichts davon, erhalten nicht mehr für ihre Arbeit. Dazu sind die Bauern mit einer Kostenexplosion konfrontiert. So berichtete „Agrarheute“, dass sich die Produktionskosten in der Landwirtschaft auf einem Allzeithoch befinden.²



Die Preise der sogenannten Vorleistungsgüterproduzenten waren im Juni 12,7 Prozent höher als im vorigen Jahr. Kraftstoffe kosten 32,6 Prozent mehr – der Preisanstieg für Diesel liegt bei 26,7 Prozent und für Heizöl bei 70,3 Prozent.³

Kein Wunder, dass viele Bauern in den Nebenerwerb flüchten. Oft ist das nur der erste Schritt, bevor der Landwirt zusperrt. Wenn das so weitergeht, müssen wir damit

¹ https://www.meinbezirk.at/c-wirtschaft/aber-heimische-bauern-verdienen-zu-wenig_a4832713

² <https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/agrarkosten-rekordhoch-betriebsmittel-teuer-noch-nie-579182>

³ <https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/agrarkosten-rekordhoch-betriebsmittel-teuer-noch-nie-579182>

rechnen, dass weitere Bauernhöfe schließen. Irgendwann sind wir nur auf die Importe angewiesen. Es wäre die Aufgabe der Politik dies zu verhindern. Wir müssen unsere Selbstversorgung sichern und auch aus der Sicht des Klimaschutzes wäre die lokale Lebensmittelproduktion besonders wichtig.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie folgende

Anfrage

1. Wie beurteilen Sie aus der Sicht des Klimaschutzes die Entwicklungen in der heimischen Landwirtschaft?
 - a. Wie beurteilen Sie die sinkenden Einkommen, welche dazu führen werden, dass viele Betriebe schließen?
 - b. Wie beurteilen Sie die möglichen steigenden Importe als eine Folge der Entwicklungen in der heimischen Landwirtschaft?
2. Wie beurteilen Sie die Aufgabe der Landwirtschaft beim Umwelt- und Klimaschutz?
3. Wie wollen Sie das Bestehen der österreichischen Landwirtschaft und damit die kleinstrukturierten Betriebe, welche umwelt- und klimaschonender arbeiten als internationale Großbetriebe sicherstellen?
4. Haben Sie in den letzten fünf Jahren Maßnahmen gesetzt, damit die heimische Landwirtschaft mit ihren sehr hohen Standards erhalten bleibt?
 - a. Falls ja, warum greifen diese Maßnahmen nicht?
 - b. Falls nein, warum nicht?
5. Was sind die Prognosen für den Umwelt- und Klimaschutz in Österreich; falls die meisten Lebensmittel aus dem Ausland kommen?



